

SVP Jura scheitert mit Steuerreform: Grenzgänger-Besteuerung bleibt

Der Kanton Jura will Grenzgänger auch künftig nicht selber besteuern: Eine Initiative der SVP, welche die Besteuerung am Arbeitsort forderte, ist verworfen worden.

Die SVP des Kantons Jura hat am Sonntag mit ihrer Initiative «Für die Quellenbesteuerung der Grenzgänger» klar Schiffbruch erlitten. 68 Prozent der Stimmberechtigten votierten gegen einen Systemwechsel, der den Austritt des Kantons Jura aus dem Rahmenvertrag von 1983 zwischen der Schweiz und Frankreich zur Folge gehabt hätte.

Mit 63 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde hingegen der Gegenvorschlag der Regierung, der eine Anpassung des bestehenden Besteuerungsmodells vorsieht. Heute werden die in Frankreich wohnhaften Arbeitnehmer dort besteuert und Frankreich überweist 4,5 Prozent der Bruttolohnsumme der Grenzgänger dem Kanton Jura. Neu erhält die jurassische Regierung den Auftrag, periodisch zu prüfen, ob die Höhe der französischen Rückvergütung angepasst werden sollte.

Die Regierung verschickte am Sonntagnachmittag ein Communiqué, in dem sie sich für das Vertrauen der Jurassier in die Regierung und in das heutige Modell bedankte. Weiter schrieb sie: «Der Versuch, die Abstimmung in ein Votum gegen die französischen Grenzgänger umzuwandeln, ist gescheitert.» Diese Formulierung zeigt, wie emotional der erste Abstimmungskampf zum Thema Grenzgänger im Jura verlief. Gross war die Angst der Regierung, die Stimmbürger könnten an der Urne ihre Missgunst über den steten Zuwachs an französischen Arbeitskräften ausdrücken und die SVP-Initiative annehmen.

Jede sechste Stelle im Kanton wird heute von einem französischen Grenzgänger besetzt. Ausschlaggebend für das Abstimmungsergebnis war letztlich, dass die Regierung anhand einer wissenschaftlichen Studie darlegen konnte, dass die Quellenbesteuerung entgegen den Beteuerungen der SVP dem Kanton Mindereinnahmen gebracht hätte.